

Bezugspreis:

Bestelljahr 10.—, monatlich 10.—, vierteljährlich 30.—, halbjährlich 60.—, jährlich 120.—, für den Auslandsendungszuschlag 100%
Einzeln 10.—, für den Auslandsendungszuschlag 100%
Für den Auslandsendungszuschlag 100%
Für den Auslandsendungszuschlag 100%

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtgeleitete Kompositionelle (10x15 cm) kostet 20 Pfennig. Für den Auslandsendungszuschlag 100%
„Kleine Anzeigen“, das ist: gedruckt Wort 1.—, für fünfzig zwei (zwei) getragene Worte, jedes weitere Wort 60 Pf., Stellenanzeigen und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pf., jedes weitere Wort 40 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Fernsprechnummern 50%, Familien-Anzeigen für Abonnenten 2.—, für nicht Abonnenten 3.—, die Stelle ohne Ausschlag, Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 3, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Beifrist von 9 Uhr früh bis 3 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morinplatz, Nr. 15190—15197.

Dienstag, den 14. September 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morinplatz, Nr. 11753—54.

Die Zulassung zum Völkerbund.

Paris, 14. September. Die die Blätter melden, er-
klärte gestern Giolitti Vertretern der Presse, daß
Deutschland zum Völkerbund zugelassen
werden soll, wenn es den Willen, den Friedensvertrag
auszuführen, zum Ausdruck bringt. Ob dieser Zeit-
punkt nahe oder fern sei, hänge allein von Deutsch-
land ab.

Das Communiqué über Aix-les-Bains.

Paris, 13. September. (R.A.) Die gemeinsame Erklärung,
die zwischen Giolitti und Millerand über die Zusammen-
kunft von Aix-les-Bains vereinbart worden ist, hat nach
folgendem Wortlaut:

Der italienische und der französische Ministerpräsident haben
ihre Ansichten sowohl über die Lage Europas, wie über die poli-
tischen und die wirtschaftlichen Beziehungen Frankreichs und
Italiens in dem vertrauensvollen und freund-
schaftlichen Geiste ausgetauscht. Sie sind glücklich gewesen,
die allgemeine Übereinstimmung der Interessen der
beiden Länder festzustellen, Interessen, die in allen Punkten leicht
miteinander vereinbar sind. Sie haben sich entschlossen, in
voller Übereinstimmung miteinander die Prüfung der
Lösung der schweren Probleme fortzusetzen, die der Krieg aufge-
worfen hat, und die durch den Frieden erst unvoll-
ständig gelöst sind.

Der Hauptzweck, den sie verfolgen, bleibt die allgemeine
Wiederherstellung des Friedens unter gerechten
Bedingungen durch die Abtötung der Unabhängigkeit der
Völker, und durch die Wiederherstellung normaler
wirtschaftlicher Beziehungen unter Ausschluß jeden
Gebankens an eine politische oder wirtschaftliche Herrschaft, die alle
anderen ausschließt. Giolitti und Millerand haben erkannt, daß
die erste Grundlage eines derartigen Friedens, der gerecht sein
muß, um dauerhaft zu sein, die enge Übereinstimmung der
Interessen: England, Italien und Frankreich in der
ganzen Welt und besonders in Europa bleibt. Die Wiederher-
stellung der politischen und moralischen Ordnung beruht auf der
gerechten und aufrichtigen Durchführung der
großen Verträge, die dem Krieg ein Ende gesetzt haben,
sowie der Verträge, die noch zu schließen bleiben, um den Frieden
Europas endgültig zu sichern. Diese Verträge sind untereinander
solidarisch. Sie müssen der Existenz der neuen inter-
nationalen Beziehungen bleiben. Die Sieger müssen dabei

einen Geist wohlwollender Mäßigung

mitbringen, und sie besitzen eine Loyalität ohne Einschränkung. Die
Wiederherstellung des allgemeinen Friedens und die Wiederher-
richtung normaler und enger Beziehungen sind um diesen Preis
zu haben. Die Ausführung des Friedensvertrages von Ver-
sailles ist

für Frankreich eine Lebensnotwendigkeit,

und nur die gewissenhafte Erfüllung der von ihnen
eingegangenen Verpflichtungen gibt den Ländern das Recht,
dem Völkerbunde anzugehören. Um dieses Ergebnis zu
erzielen, ist jetzt notwendig, Kriegen, wie er jetzt zwischen Ruß-
land und Polen besteht, und den Feindschaften, welche die
türkischen Nationalisten und die Regierung in
Konstantinopel trennen, und die die Durchführung des mit
der Türkei abgeschlossenen Friedensvertrages verzögern, zu aller-
erst ein Ende zu machen.

Ueber die folgenden beiden Punkte haben der französische und
der italienische Ministerpräsident ihre Gedanken ausgetauscht und
ihre Übereinstimmung festgesetzt: Die Unabhängigkeit und
Freiheit Polens, in seinen ethnographischen Grenzen ge-
schützt gegen jeden Angriff, ist das Ziel, das beide Regierungen in
gleicher Weise verfolgen. Sie halten an der Ueberzeugung fest, daß
die edle polnische Nation bei den Friedensbedingungen, die sie
den Sowjets vorschlagen wird, in ihrem Siege ebensoviel Mäßi-
gung und Mäßigkeit vor der Unabhängigkeit der Völker be-
weisen wird, wie sie Entschlossenheit in ihrer Verteidigung gezeigt
hat. Giolitti und Millerand sind glücklich gewesen festzustellen, daß
ihre politischen Ansichten hinsichtlich der Türkei und ihrer
Autarkie, sowie auch hinsichtlich der Mittel zur Sicherung
des Vertrages von Sevres miteinander in Einklang standen.
Sie haben weiterhin festgehalten, daß die italienischen und die fran-
zösischen Interessen in Klein-Asien sich parallel in freundschaftlicher
Zusammenarbeit der beiden Länder entwickeln müßten
unter Vermeidung der Konkurrenz ihrer Staatsangehörigen in
Einklang mit ihrem Abkommen.

Der allgemeine Friede kann überhaupt nicht vollständig ver-
wirklicht werden, ohne daß die großen europäischen Probleme ihre
Lösung gefunden haben. In der Spitze stehen da die Wieder-
aufnahme normaler Beziehungen zu Rußland und
die Regelung der Adriatische. Die italienische und die
französische Regierung achten die Handlungsfreiheit der
Sowjetregierung und sind sich in dem Wunsche einig, daß sich in
Rußland ein Zustand herausbilden möge, der es diesem großen
Lande gestattet, wieder in das friedliche Konzert der Völker ein-
zutreten und den wirtschaftlichen Wiederaufbau in Angriff zu
nehmen, der so nützlich für das eigene Land wie für die ganze
Welt ist. Millerand hat dargelegt, welchen großen Wert er auf
eine schnelle Regelung der Adriatische durch eine direkte Ver-
ständigung zwischen den Interessierten legt. Eine Verständigung, wie
sie von der italienischen Regierung beabsichtigt ist, und die geeignet

sein muß, die gesetzmäßigen (Hier liegt wohl ein Ueber-
setzungsfehler vor. Im Original heißt es zweifellos: „légitimes“,
d. h. berechtigten. D. Red.) Ansprüche Italiens, sowie die
Interessen aller Beteiligten zu wahren, um zwischen den benachbarten
Nationalitäten freundschaftliche Beziehungen zustande zu bringen.
Frankreich wird ein beratendes Abkommen mit tiefer Sympathie
aufnehmen und gibt ihm vorher seine Zustimmung.

Der französische und der italienische Ministerpräsident haben
die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Länder sowohl nach
ihrer wirtschaftlichen wie nach ihrer politischen Seite hin einer ge-
nauen Prüfung unterzogen. Die Mittel, ihren beiderseitigen
Interessen gerecht zu werden, sind ins Auge gefaßt worden. In
einer Reihe von Spezialpunkten hat diese Prüfung zu der Fest-
stellung geführt, wie sehr diese freundschaftlichen Beziehungen für
die Wahrung ihrer Interessen wesentlich sind. Die beiden Minister-
präsidenten sind der festen Ueberzeugung von der Notwendigkeit
der Entente zwischen den beiden großen lateini-
schen Ländern, einer Entente, die sich auf die gegenseitige
Achtung vor ihren politischen Auffassungen und auf das gegenseitige
Verständnis ihrer wirtschaftlichen Bedürfnisse gründet. Durch-
dringungen davon, daß diese Entente die Zustimmung der beiden
Völker finden muß, sind die beiden Ministerpräsidenten dahin über-
eingekommen, alle Mittel in Bewegung zu setzen, damit die künf-
tigen Beziehungen zwischen Frankreich und
Italien von dem Vertrauen und von dem gegen-
seitigen Wohlwollen besetzt werden, von denen zwei
große Völker, die gemeinsam gekämpft und gesiegt haben, in der
Entwicklung ihrer nationalen Geschichte besetzt sein müssen.

Dem Stil und der Länge nach könnte dieses Communiqué
ebenso gut ein offiziöses Leitartikel des „Temps“ sein. Seine bei-
nahe übertriebene Herzlichkeit war um so notwendiger, als in den
letzten Monaten das Verhältnis Italiens zu Frankreich aus allerlei
Gründen ein sehr kaltes geworden war. Ein großer Teil der
italienischen Presse griff, namentlich seit Spa, die französische Re-
gierung und den französischen Vorkämpfer in Rom, Borriero, heftig
an und dies hatte noch vor wenigen Tagen zu einem halb wech-
mütigen, halb drohenden Leitartikel des „Temps“ Anlaß gegeben.
Die Erklärung beweist sich notwendigerweise in allgemeinen Ge-
danken und Redensarten.

Interessant ist das Gehändnis, daß der Friede die europäischen
Probleme „erst unvollständig“ gelöst hat. Noch vor wenigen
Monaten wäre ein solches Bekenntnis im Munde eines französi-
schen Staatsmannes ganz unverständlich gewesen. Bemerkenswert
ist ferner die Wendung: „unter Ausschluß jeden Gedankens an eine
politische oder wirtschaftliche Herrschaft, die alle anderen aus-
schließt“. Dies kann nur eine Spitze gegen England sein,
denn auf einen sonst könnte sich dieser eigenartige Satz beziehen?

Auch die Frage der Zulassung Deutschlands in den
Völkerbund wird darin, wenn auch vorsichtig und unklar, be-
rührt; es ist nämlich von den „Ländern“ die Rede, die nur nach
gewissenhafter Erfüllung ihrer Verpflichtungen das Recht erwerben,
dem Völkerbunde anzugehören. Dieser letzte Aus-
druck, wie überhaupt die ganze Stillierung der Erklärung, erinnert
sehr an den diplomatischen Wortschatz der Vorkriegszeit. Gemeint
ist wohl der Völkerbund, aber Millerand wollte wohl das
Wort vermeiden, da nun einmal die französische öffentliche Mei-
nung noch ganz auf die unbedingte Ablehnung einer Zu-
lassung der besiegten Mächte eingestellt ist. (Vgl. in der heutigen
Morgenausgabe die diesbezügliche Äußerung des „Echo de Paris“.)

Der Satz über die den Geist wohlwollender Mäßi-
gung, der die Politik der Alliierten bestimmen werde, klingt recht
beruhigend, aber auch hier läßt die Erklärung Raum für den
Zusatz: „Wie ich ihn aufhebe“. Es ist darin viel von „Gerechtigkeit“,
„Loyalität“ und die Rede — Selbstlob kostet nichts —, aber sobald
konkrete Probleme berührt werden, fällt dieser Wortschwall
ganz von selbst in sich zusammen. Mit den ethnographi-
schen Grenzen Polens“ ist natürlich nur die Curzon-Linie
gemeint, und nicht etwa Danzig, Westpreußen oder Ost-Galizien.
Hier kommt das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“,
vor dem an einer anderen Stelle eine höfliche Verbeugung gemacht
wird, natürlich nicht in Betracht.

Das einzige Raum in der Erklärung wäre der Satz über die
„Wiederaufnahme normaler Beziehungen zu Rußland“. Dieser
Punkt gehört schon seit längerer Zeit zum allgemeinen Programm
Giolittis. Millerand dagegen hat sich bis vor ganz kurzer
Zeit gegen ein jedes Verhandeln mit den Bolschewiki entschieden
geäußert. Daß nun auch die französische Regierung die
Handlungsfreiheit der Sowjetregierung zu achten beabsichtigt, siehe
auf eine Befehung Millerands durch Giolitti
schließen. Und das wäre wenigstens ein positiver und erfreuliches
Ergebnis der Zusammenkunft von Aix-les-Bains. Inwiefern aber
die französische Regierung dabei aufrichtig ist, wird erst die Zu-
kunft lehren.

Den Italienern lag natürlich am nächsten irgendeine Ge-
friedliche Erklärung über die Adria-Frage, da man in Rom
Frankreich beschuldigt, den jugoslawischen Widerstand gegen die
italienischen Ansprüche zu unterstützen. Auch hier ist es Millerand
gelungen, eine Formel zu finden, die beiden Teilen — Italien
und Serbien — die Möglichkeit gibt, günstige Deutungen für sich
zu beanspruchen.

Paris, 14. September. (T.M.) Nach dem „Echo des Paris“
hat Giolitti erklärt, daß er an eine formelle Anerkennung
der Moskauer Regierung nicht denke, wohl aber
werde er den russischen Botschafter Worowski empfangen.

Ruhe im Sturm.

Der sozialdemokratische Bezirksrat für Groß-Berlin hat
der „Freiheit“ den Eindruck gemacht, als ob der Sturm, der
jetzt durch die Reihen der revolutionären Arbeiterkraft geht,
auf unsere Partei ohne Eindruck bliebe. Die fortgeschritten-
sten Teile der deutschen Arbeiterklasse, sagt sie, rängen um
die schwierigsten Fragen der Zeit, während aus dem Sumpf
der S. P. D. nur einige Pfaffen aufstiegen. Man denke dort
an nichts als an die Rückkehr zur alten Ministerherrlichkeit.

Das alles ist nichts als gemalte Ironie, aus der der
Reid spricht. Der sozialdemokratische Bezirksrat für Groß-
Berlin stand allerdings in auffälligem Gegensatz zu allem,
was man im anderen Lager der Berliner Arbeiterkraft zur-
zeit erlebt, aber es ist wirklich schwer zu behaupten, daß dieser
Unterschied zugunsten des anderen Lagers spricht. Daß es
noch eine Organisation gibt, die in ruhiger Entschlossenheit
ihren vorbestimmten Weg weiter geht, während alles übrige
sich in Krämpfen wälzt und in innerer Wut verzehrt, das
mag manchem Berliner Arbeiter, der wie hypnotisiert auf den
Kampf „für oder gegen Moskau“ starrte, erst durch den
sozialdemokratischen Bezirksrat wieder zu Bewußtsein ge-
kommen sein, und er wird sich dann kaum der Erkenntnis
verschließen, daß der Bestand einer solchen Organisation für
das Ganze der Arbeiterbewegung noch eine letzte Hoff-
nung ist.

Dem Kampf für oder gegen Moskau steht unsere Partei
allerdings als ruhige Zuschauerin gegenüber, weil er für sie
längst entschieden ist. Die Sozialdemokratische Partei hat sich
von Anfang an auf den Standpunkt gestellt, daß für die
deutsche Arbeiterklasse bolschewistische Methoden der Mach-
teroberung und der Sozialisierung nicht in Betracht kommen
— und eben darum ist sie in einen so heftigen Gegensatz ge-
raten nicht nur zu den offenen Kommunisten, sondern auch
zu der Partei der Unabhängigen, die als Ganzes den
Sturm gegen die alte Sozialdemokratie mitmachte, obwohl
sie, wie sich jetzt deutlich herausgestellt hat, nicht auf dem
Boden stand, von dem aus dieser Sturm unternommen
wurde. Die Krise, in der sich die Partei der Unabhängigen
jetzt befindet, ist die Folge dieses inneren Widerpruches.

Wenn nun auch die Sozialdemokratische Partei an dieser
Krise glücklicherweise keinen Anteil hat, so ist es doch nicht
richtig, daß sie den Kämpfen, in denen jetzt ein Teil der
Arbeiterklasse ringt, verständnislos gegenübersteht. Denn diese
Kämpfe entspringen dem Wesen der Arbeiter-
bewegung, als deren Glied sich unsere Partei fühlt, und
ihre Ursachen lassen sich bis weit in ihre Geschichte hinein,
bis zu den Kämpfen zwischen Marx und Bakunin verfolgen,
ja, über diese hinaus bis zu den Auseinandersetzungen
zwischen utopistischem und wissenschaftlichem Sozialismus.
Es ist eine Umkehrung der Wirklichkeit, wenn die „Freiheit“
gerade jenen Teil der Arbeiterklasse als den „vorgehritten-
sten“ bezeichnet, der aus all den jahrzehntelangen Erfahrun-
gen noch nichts gelernt hat, sondern eben erst am Anfang des
ganzen geistigen Entwicklungs- und Klärungsprozesses ange-
langt ist.

Auf den Führern der Rechtsunabhängigen
aber lastet der schwere Vorwurf, daß sie aus rein taktischen
Gründen diese rückläufige geistige Bewegung mitgemacht und
die grundsätzliche Unklarheit gefördert haben. Und auch jetzt,
wo sie erkennen müssen, daß sie die von ihnen gegründete
Partei durch ihre falsche Politik an den Rand des Abgrundes
gebracht haben, zeigen sie sehr wenig Reue, aus ihren
Fehlern etwas zu lernen. Noch immer zeigen sie das qual-
volle Bemühen, mit der äußersten Linken den Weitlauf in
sympathisierendem Scheinradikalismus fortzuführen, der für
sie nach der ganzen Sachlage vollkommen ausschlußlos ist. Sie
scheuen zurück vor der Erkenntnis, daß ihnen und dem
Ganzen der Arbeiterbewegung nichts anderes mehr helfen
kann als rückwärtslose Aufrichtigkeit.

Noch immer beteuern sie, daß sie den Anschluß an
Moskau wollen, nur nicht nach den aufgestellten Bedingungen.
Das ist klägliche Selbstheit und Unaufrichtigkeit, denn diese
Bedingungen sind eben Moskau, sie entsprechen
durchaus dem Wesen der russischen kommunistischen Partei
und erscheinen von ihrem Standpunkt aus als durchaus folge-
richtig und notwendig. Der russische Bolschewismus würde
sein inneres Wesen nicht ändern, wenn er, was ihm nicht zu-
zutrauen ist, die Bedingungen für die Aufnahme in die Dritte
Internationale aus taktischen Gründen ein wenig mildern
würde. Durch die Aufstellung der Bedingungen hat er mit
einer Aufrichtigkeit, die an ihm zu schämen ist, sein wahres
Gesicht gezeigt. Und damit hat er zugleich die Frage auf-
geworfen, ob irgendeine westeuropäische Arbeiterpartei, deren
Politik sich auf wissenschaftlich überprüfter Erfahrung und
Kenntnis des eigenen Wirkungsgebietes aufbaut, mit ihm
eine Verbindung eingehen kann, die auf eine Übernahme
seiner Grundzüge und Methoden hinausläuft.

Diese Frage ist von den deutschen Sozialdemokraten mit
einem unabweisenden Nein, von den deutschen Kommunisten
mit einem ebenso unabweisenden Ja beantwortet worden.
Zwischen diesem Nein und diesem Ja stehen aber die Rechts-

unabhängigen noch immer unerschütterlich, indem sie versichern, sie seien wohl für den Anschluß an die Dritte Internationale, aber nur nicht unter den aufgestellten Bedingungen. Diese Scheu vor der Konsequenz ist ihr Verhängnis.

Es ist heute schon vollkommen klar, daß eine Partei zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus unauflöslich ist. Auch ein Sieg der Rechten auf dem Parteitag in Halle oder bei der Abstimmung der Mitglieder, wie sie die sächsische Landeskonferenz vorschlägt, vermöchte nichts daran zu ändern, er könnte nur den unvermeidlichen Klärungsprozess aufhalten und das Dasein der U. S. B. als einer innerlich unheilbaren Mittelpartei um einiges verlängern. Die Rechte der U. S. B. aber muß die Erfahrung machen, daß der Kampf gegen die Sozialdemokratie von links ebenso schwer ist wie der von rechts, und daß auch er noch anfangslichen Scheinerfolgen zum Scheitern verurteilt ist.

Nach bei den letzten Reichstagswahlen konnte die U. S. B. gegen die Sozialdemokratie gewaltige Massen zum Angriff treiben und ihr dadurch erheblichen Abbruch tun. Aber seitdem sind erst drei Monate vergangen, und was ist aus dem stolzen Angriffsheer geworden? Es ist selber im A u s t u r m zerfallen und löst sich in Trümmer auf. Auch die Perimeterer und Niederreiter von links haben die Erfahrung machen müssen, daß die Sozialdemokratie keine vorübergehende Erscheinung ist.

Ein Teil der bisherigen Unabhängigen hat bereits die Konsequenz aus dieser Lehre gezogen und ist zur alten Partei zurückgekehrt. Weitere werden folgen. Auch von den heutigen Kommunisten wird später einmal der Teil, der dem Sozialismus treu bleibt — wir wissen nicht, wie groß er ist — seine Einordnung in die Reihen einer methodisch fortschreitenden Arbeiterbewegung vollziehen, wenn er erst einmal die Fruchtlosigkeit seiner Bemühungen eingesehen und sich die Hörner abgelaufen haben wird. Die Sozialdemokratische Partei hat als Partei Zeit zu warten, sie hat nur den Wunsch zu verhehlen, daß in der Vorzeit allseitig Unheil über die deutsche Arbeiterklasse hereinbricht. Und dabei könnten ihr die Rechtsunabhängigen helfen, wenn sie den Mut fänden, die Wahrheit und das Interesse der ganzen Arbeiterbewegung über die tatsächlichen Bedürfnisse des Augenblicks zu stellen.

Die verschobenen Zuckerscheine.

Ein Leser unseres Blattes überleitet uns nachfolgende Zuschrift über eine Angelegenheit, in die er als früherer Ueberwachungsbeamter der Reichszuckerstelle ganz besonders tiefen Einblick gewonnen. Die hier mitgeteilten Schiebung sind so schwer, daß wir Bedenken tragen würden, ohne genauere Nachprüfung die Zuschrift zu veröffentlichen, wenn nicht unter Einander mit seinem Namen die volle Verantwortung für die Richtigkeit seiner Behauptungen übernommen hätte. Unser Gewährsmann schreibt:

Wiederholte Zuckerschiebungen durch die Firma J. Kosterlich, O. Kraußstr. 43, beanstanden im Mai d. J. den Polizeipräsidenten von Berlin, dem Geschäftsinhaber, Jakob Kosterlich, die Handelsverteilung zu entziehen.

Welches sind nun die Folgen dieser Maßnahme? Jakob Kosterlich selbst leidend und gebrechlich, ist schon seit Jahren für das Geschäft ein toter Mann und wurde durch seine rührige Frau, Rosa Kosterlich, vollständig im Geschäft ersetzt. Frau Kosterlich hatte alle Fäden in Händen und war „die Seele des Ganzen“, wie sie sich selbst so oft rühmte.

Eine der letzten großen Schiebungen war folgende: Die Firma J. Kosterlich stellte Zuckerscheine über Wienhans der Zuckerfabrik Stadenhagen zur Verfügung, welche Lieferung von 2000 Zentner Zucker an die Eisenbahnabteilung Berlin, bzw. an das Eisenbahnministerium, mit der Bedingung, daß diese Scheine blanco, d. h. unausgefüllt an sie zurückgegeben werden müßten, damit sie dieselben nachmals an eine andere Fabrik zur nachmaligen Belieferung benutzen könne, wofür die Firma Kosterlich für je 150 Doppelsenner-Scheine

15 000 bis 20 000 M. erhielt; auch bei dieser Schiebung hatte Frau Rosa Kosterlich die Hand im Spiel.

Nachdem nun also der formelle Geschäftsinhaber keine Handelsverteilung mehr besah, verfaßte Kosterlich sein Geschäft an seinen Schwägerjohn Nathan. Wofür Nathan so schnell die Handelsverteilung erhielt, ist nicht festzustellen. Feststeht ist aber, daß Frau Rosa Kosterlich nach wie vor im Geschäft tätig ist, auch keine Firmenänderung vorgenommen hat, jedoch an einer der vielen Schaufenster- und Türschelben ganz klein, hoch oben, zu lesen ist: „Jnh. Nathan“. Wenn nun auch der Geschäftsverlauf formell und gesetzlich in Ordnung vor sich ging, so sollte man doch zum mindesten annehmen, daß die in Frage kommenden Behörden dieser Firma den Handel mit Zucker entziehen würden, da sie hierzu nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet sind.

Weit gefehlt! Noch heute hat die Firma J. Kosterlich die Verteilung von Hunderten von Zentner Zucker für die Bevölkerung, noch heute verkaufen Leute bei der Firma Kosterlich, mit denen sie Schiebergeschäfte gemacht hat.

Sollte sich auch hier das Sprichwort bewahrheiten: „Die kleinen Diebe hängt, die großen läßt man laufen?“ Hoffentlich äußert sich die Behörde zu diesen schweren Anklagen.

Bergarbeiter und Kohlenablieferungen.

Bochum, 13. September. Der Gesamtvorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands hielt unter Teilnahme des Verbandsausschusses und sämtlicher Bezirksleitungen in Bochum eine mehrstündige Beratung über die aktuellsten bergbauwirtschaftlichen Fragen ab. Eingehend wurde die Durchführung des Kohlenabkommens von Spa besprochen und allseitig wurde betont, daß die Bergarbeiter willens seien, die Kohlenablieferungen zu ermäßigen, wiewegen nur in fast allen Stein- und Braunkohlenrevieren Ueberreicher Verfahren werden. Eine dauernde Einrichtung könnten diese aber wegen des geschwächten Körperzustandes der Bergarbeiter nicht werden. Wenn der gute Wille der Bergleute aber von der Entente mit Zwangsmahregeln beantwortet werden sollte, dann seien die Bergarbeiter fest entschlossen, sich mit allen Kräften zur Wehr zu setzen.

Der Verbandstag der tschecho-slowakischen Bergarbeiterunion sandte einen Bericht, wonach auch die dortigen Bergleute entschlossen sind, den Genfer Beschluß gegen die aggressive Militärpolitik der Entente durchzuführen. Die Berichte der Bezirksleitungen lassen weiter erkennen, daß die Bergarbeiter die rasche Inangriffnahme der Sozialisierung des Bergbaues von der Regierung fordern.

Harmlose Bolschewisten.

In Redenburg-Zwettin war das Gerücht verbreitet worden, daß in das Gefangenlager bei Parchim 20 000 Mann von den im Osten auf deutsches Gebiet übergetretenen Bolschewisten gelassen sollten. Hingegen nahmen die bürgerlichen Zeitungen und auch Vereine Stellung. Das Ministerium wurde gebeten, dafür zu sorgen, daß dieses Unheil von Redenburg und insbesondere der Stadt Parchim und Umgegend abgewendet werde, damit Redenburg und seine friedliebenden Bewohner nicht in den Rußenskrieg hineingezogen werden. Die Gefahr wurde so schwarz als möglich an die Wand gemalt und das bürgerliche Ministerium eilte nach Berlin und half der Gefahr durch eine längere Erklärung ab, die an alle Zeitungen des Landes gesandt wurde. Darin wird nun zur Beruhigung der geängstigten Landeseinwohner mitgeteilt:

„Die Bedenken, die sich gegen den Aufenthalt der russischen Leute im Umkreise einer unserer Städte erhoben haben, mildern sich, wenn man Räuber über Wesen und Charakter dieser Internierten erfährt. Es sind Leute, die gewaltfam in die russische rote Armee hineingepreßt worden sind, in der größten Mehrzahl durchaus keine Kommunisten oder Anhänger des jetzigen russischen Regimes und seiner Propaganda. Im Sinne der letzteren suchen nur die bei den Truppen befindlichen Kommissare zu wirken, die bemüht sind, Anschluß an die deutsche kommunistische Bewegung zu erlangen. Diese Kommissare aber werden von den Truppen ab-

gesondert und kommen nicht nach Redenburg. Die Truppen selbst folgen ihren Offizieren, die nicht gewillt sind, in Deutschland Unruhe zu stiften. Daß die Internierten gutwillig sind, ergibt sich auch daraus, daß sie sich fast reibungslos haben entwaffnen lassen, obwohl unsere deutschen Kräfte, die diese Entwaffnung vorgenommen haben, gegenüber der Zahl der nach Deutschland übergetretenen lächerlich gering gemessen sind. Die Leute sind somit besser als ihr Ruf. Sie werden bei ihrem Aufenthalt im Parchimer Lager als freiwillig Uebergetretene und Internierte und nicht als Kriegsgefangene zu behandeln sein.

So werden sie aus dem Lager vorübergehend in dessen Umgebung und in die Stadt Parchim kommen können. Die Bevölkerung braucht aber deshalb nicht besorgt zu sein, daß ihr nun von diesen Leuten Leben und Besitztümmer in Parchim „ausgefressen“ werden. Sie besitzen nicht die Mittel dazu, Geld steht ihnen wenig zur Verfügung. Nach Schilderungen aus Parchim, wo sich die Internierten zurzeit noch befinden, hat man sie als aufrichtigen, harmlosen, wohlgesinnten Leuten kennen gelernt, von denen nichts Unangenehmes zu befürchten sei. Obwohl die Bewohnung in Parchim gering ist, ist dort nichts vorgefallen. Nur hören manche den Wunsch, sich als Arbeiter auf dem Lande zu bedingen und somit aus der Internierung herauszukommen. Die Aussicht in Parchim erfolgt, wie jetzt bei den früheren Kriegsgefangenen, durch Anstellung des Abwärtensdienstes. Persönlichvolles Zusammenwirken zwischen der Landpolizei und den Ueberwachungsorganen muß hier die geeigneten Maßnahmen ergeben.“

Die Redenburger dürfen also beruhigt aufatmen. Und man wird den Seufzer der Enttäuschung wahrscheinlich in anderen deutschen Landesteilen mitfühlen. Denn so sehr sich gewisse nationalistische Kreise wegen der Volkswirtschaftlichen über die Polen geäußert haben, so gern sehen sie doch, daß diese Siege — weit hinten in der Türkei erfochten werden. Sonst aber ist jeder Russe ein Bolschewist und somit eine Spießerhölle.

Rabbi-Kamenews Antwort an Lloyd George.

Amsterdam, 11. September. Wie der „Telegraaf“ aus London meldet, hat das englische Unterhausmitglied Kamenews der „Times“ die Abschrift eines Briefes zugesandt, den er von Kamenew vor dessen Abreise aus London erhalten hat. Kamenew befindet sich in dem Briefe, daß Lloyd George während seines Aufenthaltes in London auf allerlei Weise jeden Versuch, über den Frieden zu unterhandeln, auf die lange Bank geschoben und zum Schluß den Abbruch der Verhandlungen durch Beschuldigungen gegen Kamenew als Vertreter der Räteregierung motiviert hat. Kamenew weist alle vier durch Lloyd George vorgebrachten Beschuldigungen zurück. Was seine Beziehungen zu dem „Allianzklub“ anbelangt, so habe er allen Mitgliedern dieses Klubs die von ihnen gewünschten Mitteilungen gemacht, ohne irgendwelchen Einfluß auf sie auszuüben. Kamenew schreibt: „Ich kam nach England mit der Absicht, im Interesse der Arbeiter aller Länder Frieden mit dem britischen Reiche zu schließen. Ich bin bitter enttäuscht, daß die britische Regierung nicht den Mut gehabt hat, offen ihre veränderte Haltung zu bekennen, und daß sie den Abbruch der politischen Verhandlungen durch unfaire Beschuldigungen demantelt.“ Der schwache Punkt in Kamenews Brief ist, so sagt der Londoner „Telegraaf“-Vertreter hinzu, der, daß er nicht bestreiten kann, daß die Sowjetregierung einem der Direktoren des „Daily Herald“ die Unterstützung von 750 000 Pfund Sterling gegeben hat. Die englische Regierung werde die Antwort auf Kamenews Brief nicht schuldig bleiben. Der Privatsekretär Lloyd Georges erklärte, darüber sei noch viel zu sagen.

Litwinow — das Karnickel?

London, 14. September. „Evening Standard“ meldet, daß die Abreise Kamenews die Folge der zweideutigen Haltung Litwinows sei, der sein Bestes getan habe, um die Verhandlungen Kamenews und Krassin unmöglich zu machen. Litwinow habe mit gewissen Arbeiterführern verhandelt, während

„Der Urwaldmajor“.

Nach ist etwas sehr Schönes, Reaktion ist auch sehr schön, besonders wenn man gegen die Regierung wüthendsten Protest richten kann und sein weißes Häppchen im Winde wehen läßt. Wir wissen alle, was ein unerschütterliches Lamm dieser bayerischen Hochzeit in Wien, der ehemalige Major Fischer ist, wie harmlos seine über ganz Deutschland und Österreich verbreitete Organisation ist. Wie erwarten demnach eine umfangreiche Biographie dieses Helden von Slavowies, der fern vom Schuß Wälder gerührt und ausgezeichnetes Holz für die Offiziersunterstände in Frankreich lieferte. Einen Keinen Vorzeichen dieser zukünftigen Biographie gibt uns Frau Heide in den „Münchener Neuesten Nachrichten“, und es wäre eine Verdünnung, wollte man den Zeitgenossen das Bild dieses herrlichen Mannes vorenthalten. Man höre:

„Schon der Name ist von härtestem Holz, wie ein Bursche liegt dieser Name plötzlich in die Bienenstille schwärmerischer Ferienstage, und da steht er wieder vor mir, er, den ich zwischen jagendhaften Raumgeheimen, Wissen und russischen Schneehelmen kennen lernte, der „Urwaldmajor“. Doch, wo der Schatz der Welt ist, am liebsten war, hatte er sich geschlagen: in den Urwald von Slavowies... ein Urwaldwaise, sein Vater mit seinem Ansehen der Junge daberpollert, eine gediegene Natur, ein bräunlicher Rundhals, die Stumpfnase des kräftigen Mannes, dunkle, winterliche Augen hinter Jägergläsern. Schweiß, rauh, in herrlichem Kommandanten begegne und der „Hirt des Waldes“. Wenn er aufhornte, und das geschah öfters, kurz, sah dann sprangen die Schlägen von den Zweigen, die kleinen, grünen Forstleutnants erblühen, die Pferde schreien zusammen und die Panzer sprachen stundenlang nicht weiter... Der nächste Abend brachte im großen Saal des Jagdschlössers ein Abschiedsfestmahl. Lang wurde daraus. Der Halbermalige hatte sein Herz für das kleine Geschlecht entbeut, war voller Witz, Guldigung und der verblüffenden Gewandtheit der großen Kraft. Er schwärmte von dem bayerischen Volksbrauch des „Jägerherbes“, und schenkte einen beim wilden Tanztempo auf seinem eisernen, federnden Unterarm hoch in die Luft über alle Köpfe weg. Als eine ihn fragte, warum er sich denn nicht verheiratet hätte, es wäre doch schade, wenn nicht auch in Zukunft Eiserichte auf bayerischem Boden wüchsen, da schmunzelte er nur und sagte: „Ach bin halt zu wild.“

Ein Probestück, dieser „Hirt des Waldes“, dessen verwöhnte Millionen wir nun begähen, vor dem die kleinen, grünen Forstleutnants erblühen sind und der auf dem wilden Schatz des kleinen Abschiedsfestmahls mit Schatzplattler und Koder feiern konnte. Es ist wirklich schade, daß in Zukunft keine Eiserichte von diesem „Waldgewaltigen“ herauflaufen. Wir erleben sonst sicher nach dem Wunsch Wilhelms II. ein großes Lammberg. Aber

neben der Orgel haben wir ja die Orka, die Orheus und Orzen. Ob das auch solche Mele sind? Bayern ist doch ein herrliches Land und Frau Heide eine lebenswürdige Dame.

Richard Strauß im Volkstheater. Der „Berliner Volkschor“ gab Montag einen der bisher gelungensten Beweise für die Solidität seines Könnens und die Gesundheit seines künstlerischen Bestandes. Dieser Richard-Strauß-Abend hätte auch verdünnte Zuschauer zeigen und befriedigen können, und das Programm, das der treffliche Dirigent Emil Jander hier zusammenstellte und bezwang, gab tatsächlich einen geschmackvollen Grundriss vom Schaffen des bedeutendsten lebenden Komponisten. Aus der Jugend kommt „Wanderers Sturmlied“ (Opus 14 auf einen dänischen Text Goetheschen Anfanges). Das Konzert überragt den Vorwurf kaum, lohnt die aufgewandte Mühe nicht sonderlich. Was aber der ca. 500 Stimmen starke Chor da leistete, war besonders bezüglich der Intonation und der Vereinigkeit des Ausdruckes ganz vorzüglich. Welch ein großartig disziplinierter Sopran! Das Orchester verschlingt viel an Tönen und Kraft; vielleicht verjankt dadurch die mittleren Stimmen oft ins Unhörbare. Von Josef Mann, dem applaudierten Priester der Szene, hörte man „Guntrams Friedens-erzählung“, — ganz im Sinne lobenswerter Stimmung prun- tendes Wortdrama. In dritter Stelle Opus 24 „Tod und Verklärung“, und zuletzt Orchesterlied, die der Orchesterballade „Laila“, die Ode schon vor anderhalb Jahrzehnten herausbrachte. Hier ist der Komponist Strauß schon ein Vollender, während er in der romantischen Dichtung, also in der Welt seines künstlerischen Schaffens, die Höhe seines reinen Musikantentums erreicht hat. Auch das wiederum zu erkennen, heißt ein Verdienst solcher Festhaltende. Der „Berliner Volkschor“, wofür jetzt der numerisch härteste aller Berliner gemischten Chöre, darf auf diesen Abend stolz zurückblicken.

Staatliche Orchesterschulen. Auf Einladung des Deutschen Musikerverbandes tagte in Berlin dieser Tage eine Sachverständigenkommission zur Prüfung der Mittel und Wege, um die bisher arg daniederliegende Ausbildung des Musikernachwuchses in erfolgreichere neue Bahnen zu lenken. Infolge des Krieges ist in der Ausbildung guten Musikernachwuchses eine Unterbrechung eingetreten, die leicht zu einem völligen Niedergang unserer früher so hochstehenden Orchesterkunst führen kann. Die Konferenz kam einstimmig zu der Auffassung, daß der gewünschte Zweck nur erreicht werden kann, wenn das ganze Musikerausbildungswesen in Zukunft schulgemäß behandelt und ausschließlich den Ministerien für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung unterstellt wird. Die bei der Berliner musikalischen Hochschule für Musik einzurichtende Orchesterschule soll unter Mitwirkung und Unterstützung des Deutschen Musikerverbandes zu einem Institut für die Ausbildung von Orchestermusikern ausgestaltet werden. Es soll auch unermittelten begabten Schülern die Möglichkeit gegeben werden, bis zur höchsten Stufe der Vollendung zu gelangen.

Pilzengiftung. Obwohl sich in den letzten Jahren die Untersuchungen über die Entgiftung giftiger Pilze gemehrt haben, war es bisher doch nicht möglich gewesen, eine wirklich zuverlässige Entgiftungsmethode ausfindig zu machen. Nun soll es aber neuerdings gelungen sein, und zwar durch ein verhältnismäßig einfaches Verfahren, die Giftstoffe der Giftpilze unwirksam zu machen. Die nach einem Bericht in der „Pharmazeutischen Centralhalle“ von Caspar erprobte Entgiftung besteht nämlich nur darin, daß man die Pilze etwa 15 Minuten lang in eine auf die Hälfte mit Wasser verdünnte und bis zum Sieden erhitzte Lösung von doppeltkohlensaurem Natron legt. Das Natronwasser ist sodann wegzugießen, weil man nicht sicher weiß, ob es durch die Verbindung mit den Giftstoffen nicht nun etwa seinerseits vergiftet ist, worauf man die Pilze noch etwas mit Essig säuert und dann in der gewöhnlichen Art verköhlt. Die auf diese Weise erzielte Entgiftung, die, nebenbei bemerkt, absolut sich wirken soll, scheint dadurch zustande zu kommen, daß die in den Pilzen enthaltenen giftigen Stoffe von dem alkalischen Natron gespalten werden und die Säure sich daraufhin in leicht lösliches Natriumsalz verwandelt. Jedenfalls sollte man alle auch nur einigermaßen zweifelhaften Pilze vor dem Genuß diesem einfachen Entgiftungsverfahren unterziehen, ehe man sie mit den guten Pilzen zusammenkocht, da unter Umständen schon ein einziger Giftpilz ein ganzes Pilzgericht vergiften kann. Es versteht sich aber von selbst, daß man an Pilzen, wie dem Satans- oder Königsküchengilz oder gar dem Knollenblätterpilz, die Entgiftung von vornherein nicht vornimmt, da der Giftgehalt dieser Pilze so groß ist, daß selbst ein kräftig wirkendes Entgiftungsverfahren bei ihnen vergeblich kann. Bessere Pilze kann man, um sie als nahrhaftes Hühnerfutter zu verwenden, durch Dörren entgiften, worauf der scharfe Geschmack fast ganz verschwindet.

Der „Ursprung“ im Deutschen Theater. Max Reinhardt wird als seine erste Reueinstudierung in dieser Spielzeit Goethes „Faust“ in der ursprünglichen Gestalt aufführen.

Vorträge. Am Freitag hält Dr. Max Derr im Konstanzer Hof der Bremer-Ziemens-Realschule, Gohentauferstr. 47/48, 7 Uhr, einen Vortrag über „Das Bild der Romane“.

Ein Theater der Bühnente. Der Gemeinderat von Zandbrunn hat das Stadttheater dem Regional der Bühne in Vacht gegeben.

Die Volkshöhe Norden veranstaltet am 5. Oktober ihren ersten Theaterabend, an dem das Neue Volkstheater, das während des Winterhalbjahres für wöchentlich drei Spielabende in Konstanze verpflichtet ist, Hauptmann „Hilberstein“ zur Aufführung bringt. Auch das Stadttheater ist für die Wühler des Vereins zu mehreren Aufführungen gewonnen.

Der deutsche Ingenieurtag. Vom 29. bis 22. September wird in Berlin die 60. Hauptversammlung des Vereins deutscher Ingenieure tagen. Zum Teil in der Technischen Hochschule in Charlottenburg, zum Teil im Anwesenheitsort werden eine Anzahl wissenschaftlicher Vorträge und Veranstaltungen stattfinden. Die deutsche Gesellschaft für Ingenieurwesen veranstaltet am 21. d. Mts. vormittags Vorträge des Geh. Oberbauamts Schmal über den wirtschaftlichen Wert der Volkstrasse, des Stadtbaureals a. D. Deuter über die Baumwirtschaft der Ubergangszeit, des Prof. R. Petersen über Verkehrsfragen bei Stadterweiterungen.

Kraffin und Kamenew ihr Versprechen hielten, keine Propaganda zu machen. Es sei auch Litwinow gewesen, der sich mit dem Verkauf der kaiserlichen Juwelen- und der Unterstufung für den „Daily Herald“ befaßt habe.

Der russisch-lettische Friedensvertrag ratifiziert.

Kopenhagen, 14. September. (WZ.) Wie das lettische Pressebureau aus Riga erfährt, hat Rußland nunmehr den Friedensvertrag zwischen Lettland und Rußland ratifiziert, nachdem der Vertrag von lettischer Seite bereits am 2. September durch die lettische Nationalversammlung ratifiziert worden war.

Die Labour Party lehnt die Kommunisten ab.

London, 13. September. Der nationale Volkskongress der Arbeiterpartei hat den Antrag der freien kommunistischen Partei um Aufnahme zurückgewiesen. Diese Partei tritt für das Rätesystem, für die Diktatur des Proletariats und für die Dritte Internationale ein.

In einem am 21. August im „Vorwärts“ erschienenen Aufsatz über den „Kommunismus in England“ hatte Genosse Philip Snowden diese Wendung durchblicken lassen. Er schrieb damals: „... Es bleibt jedoch abzuwarten, ob die Labour Party diesem Aufschluß zustimmen wird, nachdem der kommunistische Kongress offen zugegeben hat, daß der Wunsch der Kommunisten, in ihr zu verbleiben, nur den Zweck verfolgt, den Einfluß ihrer Führer zu vergrößern.“

Durch diesen Gegenstoß ist die englische Arbeiterpartei am wirksamsten dem Moskauer Plan der Sabotage der bestehenden Gewerkschaften und Parteien entgegengetreten.

Die Sitzung des Völkerbundesrates in Paris.

Expn und Malmédy auf der Tagesordnung.

London, 14. September. Das neutrale Bureau erfährt, daß Leon Bourgeois Vorsitzender der Versammlung des Völkerbundes sein wird, die am Donnerstag in Paris zusammentritt. England ist durch den Lebensmittelmister Fisher vertreten. Neben dem polnisch-lituanischen Konflikt und dem Bericht der internationalen Juristenkommission über die Karlandsinseln steht auf der Tagesordnung die Frage von Expn und Malmédy. Man erwartet aber, daß der Bericht über die Karlandsinseln in dieser Sitzung nicht zur Sprache kommen wird, sondern in der vom 20. Oktober in Brüssel. Für Schweden treten nach Paris Branding, Baron Norr und v. Würtemberg; für Finnland Donner, Endell und Idman, die finnischen Gesandten in London, Paris und Kopenhagen.

Für und wider. Auf dem unabhängigen Bezirkstag für Dübendorf/Dürrenland wurde nach Entgegennahme des Berichts von der Reichskommunikation und eines Korrekturentscheids eine Resolution einstimmig angenommen, durch die die Moskauer Bedingungen abgelehnt werden. — In Düsseldorf nahmen die Funktionäre der U. S. V. D. eine Resolution an, die sich weder für noch gegen Moskau ausspricht, sondern neue Verhandlungen fordert. — Eine Charlottenburger Mitgliederversammlung der Unabhängigen entsloß sich in ihrer Mehrheit für den Anschluß an Moskau, während die Mitglieder des 17. Bezirks in Berlin mit ihren Beratungen nicht zu Ende kamen und sie auf den kommenden Sonntag vertagten. — Eine Generalversammlung der U. S. V. D. Hannover, beschloß die Annahme der Moskauer Bedingungen.

Einigung bei Daimler. Geklärt ist endlich eine Einigung in den Verhandlungen zwischen der Firma Daimler und der Vertretung der Arbeiterschaft vor dem Schlichtungsausschuß über die Wiedereinstellung der Arbeiter erzielt worden. Angenommen wurde von beiden Parteien ein Vorschlag des Schlichtungsausschusses, nach welchem die Firma den Betrieb in Unterlüschheim in den nächsten Tagen wieder eröffnen wird, und zwar mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 46 Stunden entsprechend dem Kollektivabkommen in der Metallindustrie.

Verweigerung von Hebersichten. Eine Velogeschäftsversammlung der Woche Hannover 3 und 4 bei Bochum beschloß wegen Ausschließens der Restriktionen und der in Aussicht gestellten Textilmwaren, keine Hebersichten mehr zu verfahren. Auch wurden bedeutende Lohn erhöhungen gefordert.

Der erste sozialistische Amtshauptmann in Sachsen. Die Einweihung des neuen Amtshauptmanns der Amtshauptmannschaft Chemnitz, Stadtrat Dr. Karlas, wird voraussichtlich in den nächsten Tagen erfolgen. Dr. Karlas ist der erste sozialdemokratische Leiter einer sächsischen Amtshauptmannschaft.

Die Hebe gegen Eisenberger. Der kommunistische Abgeordnete Eisenberger wurde auf dem Münchener Ostbahnhof bei seinem Eintreffen aus Froberg, wo er in einer kommunistischen Versammlung gesprochen hatte, verhaftet. — Der Kampf des Staatsanwalts gegen Eisenberger nimmt geradezu groteske Formen an und klingt wie aus Wilhelm's Zeiten, wenn die neuerliche Verhaftung mit „Aufreizung zum Klassenkampf“ begründet wird. Hat der Staatsanwalt in Bayern wirklich nichts anderes zu tun?

Für Moskau. Die deutsch-böhmischen Linksozialisten haben sich für eine Verbindung mit Moskau ausgesprochen.

Der sächsische Wirtschaftsminister Genosse Schwarz in Prag. In Prag veranlaßte der Ausbruch der dortigen Hungerwelle ein Ehren zu Ehren des sächsischen Wirtschaftsministers Genossen Schwarz. Es wurden bereits sehr herzliche Ansprachen gehalten.

Groß-Berlin

Berlins Bevölkerungszahl in den Kriegsjahren.

Das „Statistische Jahrbuch der Stadt Berlin“, herausgegeben von dem Direktor des Statistischen Amtes, Professor Dr. Silbergleit, ist in seinem 84. und letzten Band soeben erschienen. Die Schaffung der neuen und größeren Gemeinde Berlin bedeutet das Ende des alten Jahrbuchs. Selbstverständlich muß es in neuer Gestalt wiedererscheinen. Dieser letzte Band bringt die Berliner Statistik der Jahre 1913—1919, teilweise auch schon des Jahres 1920. Der Stoff hat sich etwas vermindert, weil in der Kriegszeit manche Feststellungen unterblieben sind. Dagegen ist infolge der allgemeinen Verteuerung der Preis beträchtlich gestiegen. (Der 84. Band enthält 935 Seiten und kostet 60 M., der die Jahre 1912—1914 behandelnde Band enthält 1211 Seiten und kostete 28 M.)

Die im Jahrbuch mitgeteilten Hauptergebnisse der Volkszählungen von 1910, 1917, 1919 zeigen die tiefgehende Wirkung des Krieges auf Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung. Für Berlin hatte die Volkszählung vom 1. Dezember 1910 eine ordnungsgemäße Bevölkerung von 2 071 257 Personen ergeben. Dagegen wurden hier am 1. Dezember 1919 nur 1 769 408, am 5. Dezember 1917 nur 1 744 085, am 8. Oktober 1919 erst wieder 1 902 509 ordnungsgemäße Personen gezählt. Der Rückgang in den Kriegsjahren, der für die Zeit bis 1917 sich auf 327 172 gegenüber 1910 belief, ist nur durch

die Verminderung der männlichen Bevölkerung verursacht worden. In 1910, 1916, 1917, 1919 wurden gezählt 804 208, 693 028, 666 812, 806 378 männliche Personen, dagegen 1 077 051, 1 076 880, 1 077 248, 1 036 181 weibliche Personen. Bis 1917 verminderte sich infolge der Einziehungen zum Heere die männliche Bevölkerung allein um 327 364. Die weibliche Bevölkerung hatte nach Kriegsausbruch einen beträchtlichen Anstieg, größtenteils durch Wegzug infolge von Entlassungen aus der Arbeit.

Aus der Zählung von 1916 bringt das Jahrbuch eine die Bevölkerung nach Geburtsjahren verteilende Uebersicht. Wir lassen die einzelnen Jahrgänge wieder zusammen in die drei Gruppen der Geburtsjahre von 1916 zurück bis 1899, von 1897 zurück bis 1870, von 1869 weiter zurück. Bei der männlichen Bevölkerung umfaßte die Gruppe von 1897 zurück bis 1870 die Hauptmasse der zum Heere Eingezogenen. An der Gesamtbevölkerung von 1916 waren beteiligt die in 1916—1898 Geborenen mit 283 127 männlichen und 257 423 weiblichen, die in 1897—1870 Geborenen mit nur 220 686 männlichen, aber 539 060 weiblichen, die in 1869 und früher Geborenen mit 189 345 männlichen und 249 898 weiblichen. In den Jahrgängen 1897—1870 stand die männliche Bevölkerung hinter der weiblichen um 318 474 zurück!

Während des Krieges wurden die Ergebnisse der Volkszählungen häufig geheim gehalten. Das deutsche Volk konnte sich keine auf Zahlen gefüßte Vorstellung davon machen, wie stark die männliche Bevölkerung zum Heeresdienst herangezogen worden war. Waren ihm die genaueren Zahlen schon damals bekannt geworden, so hätte es sich wahrscheinlich vereinigt in dem stürmischen Verlangen nach schneller Beendigung des Krieges.

Die Besetzung der Stadtbauratsposten.

Aus der gestrigen Ausschusssitzung.

Der Wahlausschuß der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung erklärte sich in seiner gestrigen Sitzung, wie bereits kurz mitgeteilt, zunächst damit einverstanden, daß zur Neubesetzung des Reichsrats über die Gehaltsfestsetzung eine Sitzung der Stadtverordneten am Donnerstag anberaumt wird, während am Dienstag nächster Woche eine Sitzung stattfindet, in der die Generaldebatte über die Besetzung der Stadtbauratsposten eröffnet werden soll. Voraussichtlich werden dann in der nächsten Woche mehrere Stadtverordnetenversammlungen abgehalten werden müssen, um die Wahl selbst durchzuführen, die infolge der Zettelwahl für jedes Wahlkreismitglied sich sehr langwierig gestalten dürfte. Ferner nahm der Ausschuß davon Kenntnis, daß der Oberpräsident Dr. Reiter in einem an den Stadtverordneten-Vorsteher gerichteten Schreiben erklärt hat, die vom Wahlausschuß festgesetzte Besetzung für den zweiten Bürgermeister, der im Gehalt den Stadtbauräten gleichgestellt werden soll, beanstanden zu müssen. Der Ausschuß nahm hierzu eine abwartende Stellung ein, falls das Plenum dem Vorschlag beiträgt und der Oberpräsident dann die Beanstandung in offener Form ausspricht, soll die Wahl des Bürgermeisters zunächst ausgesetzt werden.

Für die vier Bauratsposten (Hochbau, Tiefbau, Verkehr und Maschinenbau) wurde eine große Reihe von Bewerbungen bekanntgegeben. Von den sozialistischen Parteien und auch einem Teil der bürgerlichen Fraktionen wurde für den Hochbau-Beamten Ludwig Hoffmann infolge seiner hervorragenden künstlerischen Bedeutung vorgeschlagen, obwohl auch von den Linksparteien anerkannt wurde, daß er für das gemaltene Gebiet des Siedlungswesens nicht gerade geeignet sei. Zur Ergänzung wurde von unabhängiger Seite angeregt, ihn einen Generaldirektor für das Siedlungswesen zu unterstellen. Von bürgerlicher Seite wurde in erster Reihe für das Siedlungswesen Baurat Deuster vom Zweigverband vorgeschlagen, für das Verkehrswesen Professor Giese. Auch Professor Hermann Janßen, der bekannte Städtebaukünstler, wurde auf beiden Seiten genannt.

Berlin im Luftpostverkehr.

Im weiteren Ausbau des seit dem 3. August dreimal wöchentlich im Betrieb befindlichen „Europa-Rostock-Fluges“ zwischen Kopenhagen—Hamburg—Bremen—Amsterdam—(London) wird die Deutsche Luftreederei in Einvernehmen mit den Reichspostverwaltungen und den betreffenden Luftreedereien in der Frage kommenden Länder vom 15. September 1920 ab auf der genannten Linie täglich in beiden Richtungen Flugzeuge verkehren lassen. Von diesem Tage an wird Kopenhagen—Hamburg in Betriebsgemeinschaft mit der Danske Luftfartsselskab direkt—also nicht mehr, wie bisher, über Warnemünde—gesprochen, wodurch die Flugzeit um ca. 2 Stunden gekürzt werden konnte. Es bestehen demnach vom 15. September ab täglich Flugverbindungen zwischen Berlin—Warnemünde—Ralswiek—Kopenhagen und zwischen Kopenhagen—Hamburg—Bremen—Amsterdam—(London) mit Anschluß von und nach Berlin durch den Sahlbain-Luftdienst in Bremen. — Für die Berliner Post nach Skandinavien werden bei besonders eiligen Fällen im Postamt W 8 oder G 2, Schalter 1, noch bis 9,45 Uhr vormittags Sendungen angenommen, welche einschließlich der für Luftpost beschleunigten Jenfabrikfertigung das Mittagsflugzeug (Berlin-Johannisthal ab 12,30 Uhr) noch erreichen, also bereits um 5 Uhr nachmittags in Schweden eintreffen. Für den Personenverkehr stehen täglich 2 Plätze in jeder Richtung zur Verfügung.

Kohle und Bausteine aus Schlacke.

Der von der Friedr. Krupp-Altisengesellschaft (Grusonwerk) in Magdeburg erbaute Apparat „Magnetscheider Baurat Ulrich“, der Brennstoffrückstände auf elektro-magnetischem Wege derartig aufzuarbeiten imstande ist, daß die in ihnen noch vorhandenen Brennstoffe restlos gewonnen werden, ist auf Veranlassung des städtischen Gaswerks Berlin-Lichtenberg erprobt worden. Die Deputation der städtischen Werke und der Magistrat empfehlen nunmehr der Stadtverordnetenversammlung die Anschaffung eines Apparates, weil die Proben eine ausgezeichnete Arbeit der Einrichtung, und die Trennung von Schlacken und Kohlensteinen eine fast restlose Gewinnung der Kohle ergeben hätten. Auch die nutzbringende Verwendung der restlichen Schlackemengen zur Herstellung von sogenannten Schlackensteinen ist in einer Probe bei Sengitz erprobt worden. Die hergestellten Steine sind von gutem Aussehen, weisen eine sehr hohe Druck- und Druckfestigkeit auf, sind porös und wiegen wie Porenbeton etwa 6 Pfund. Der augenblickliche Bausteinmangel und dem dadurch hervorgerufenen Arbeitsmangel könnte somit insofern abgeholfen werden, als die wegen Kohlenmangel stillgelegten Kalksandziegelfabriken und Ziegeleien mit den aus Brennstoffrückständen gewonnenen Kohlen und Schlackemengen in Betrieb gesetzt und neben Kalksandsteinen sogenannte Schlackensteine angefertigt werden könnten.

Eine Neuköllner Zentralfürsorge für Gesundheitsfürsorge.

Ein „Fürsorgehaus“ ist für Neukölln vom Magistrat beschlossen worden und soll bei Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung im Mittelpunkt der Stadt baldigst eingerichtet werden. Es wird enthalten Räume für Säuglinge, für Tuberkulose-, Geschlechts- und Alkoholranke, eine Fürsorge für Krüppel, Behandlungsräume für Behandlung und Dichttherapie, für Röntgenuntersuchung, einen Saal für orthopädische Turnen, außerdem Schwefelbäder, die sich auf eine Kellergewölbe. Die auf 2 Millionen Mark veranschlagten Kosten wären aus einer neuen Anleihe zu decken. Durch dieses Fürsorgehaus würde besonders die jetzt außerordentlich stark in Anspruch genommene Tuberkulosefürsorgestelle gewinnen, die noch in ganz unzulänglichen Räumen untergebracht ist. Auch die Schwelger- und Kleinfürsorgestelle in der Steinwehstraße könnte dann ihre unzulänglichen Räume aufgeben und in das große Fürsorgehaus übersiedeln. Ebenso bedarf der orthopädische Turnunterricht, der jetzt teilweise

in einzelnen Turnhallen gegeben wird, einer gut eingerichteten Zentralfürsorge.

Aufhebung der öffentlichen Märkte in Lichtenberg. Der Pächter der öffentlichen Märkte auf dem Vohlagener-, Traber-, Viktoriapark und in der Sophienstraße in Lichtenberg hat den Pachtvertrag mit der Stadtgemeinde zum 31. Dezember 1920 gekündigt. Der Magistrat ist zu dem Entschluß gekommen, der Stadtverordnetenversammlung die Aufhebung der öffentlichen Märkte zu dem genannten Termin zu empfehlen. In der Begründung des Antrages wird ausgeführt, daß, wenn man von dem nur einige Monate währenden Verkauf von Obst und Gemüse absieht, eine Notwendigkeit für den Betrieb anderer Waren auf den Märkten nicht vorhanden sei. Lebensmittel sollten andererseits aus Gründen der Volksgesundheit nicht auf öffentlichen Märkten gehandelt werden. Auch sei es von Wichtigkeit, daß z. B. der schon angelegte große Märkteplatz an den Markttagen nicht seiner eigentlichen Bestimmung als Erholungsstätte entzogen werde.

Ein Vortrag Dr. Löwenstein vor dem Lehrerverband. Der in Aussicht genommene Oberstadtschulrat Dr. Löwenstein wird am Donnerstag, den 16. September, abends 7 1/2 Uhr, im großen Festsaal des Lehrervereinshauses vor Mitgliedern der dem Lehrerverband angehörenden Vereine über „Grundfragen der Schulentwicklung der Stadtgemeinde Berlin“ sprechen.

Eine Versammlung der Volksschullehrerschaft Groß-Berlins erhob in einer Entschließung entschiedensten Einspruch gegen die in der Vorlage zum Volksschullehrerbeförderungsgesetz enthaltene gesonderte Behandlung der Volksschulunterhaltung und verlangte eine das gesamte Schulwesen umfassende allgemeine und einheitliche Regelung der Lehrerbeförderung, der Schulunterhaltung und der Schulverwaltungen.

Eine Schwimmhalle im Grunewald. Der Wilmerdorfer Magistrat schlägt jetzt den Bau einer für den 9. Verwaltungsbezirk (Wilmerdorf-Grunewald-Schmargendorf) bestimmten Schwimmhalle im Grunewald mit einem Kostenaufschlag von 1850 000 M. vor. Das Verzeichnis hierfür hat sich immer stärker herausgebildet. Die Pläne soll ihren Platz auf dem Westufer des Grunewaldsees südlich des sogenannten Gullentwinkels zwischen dem nach Baulsbörn führenden Schwarzen Weg und dem Seeufer mit einer Wasserfront von 142 Meter erhalten. Die Bauarbeiten können zu einem wesentlichen Teil auf Kosten der produzierten Erwerbslosenfürsorge ausgedehnt werden.

Die deutsch-böhmische Sektion im Österreichisch-deutschen Volksbunde beruft für Donnerstag, den 16. d. M., in das Vereinsheim, Prinz-Luitpold-Straße 8, eine Versammlung ein, in der Dr. Richter über das tschechische Begehren sprechen wird.

Sport.

Scheidemann und die Arbeiter-Sportvereine.

Auf eine Rundfrage des bürgerlichen Reichsausschusses für Leibesübungen hatte Genosse Scheidemann seine Ansichten über den Wert der Leibesübungen kundgegeben. Die bürgerliche Sportpresse glaubte diese Äußerungen für ihre Zwecke auszunutzen zu können, weil Scheidemann die Worte gebraucht hatte: Der Sport sollte keine Parteifache sein. Um diesen Entstellungen den Boden zu entziehen, schreibt Genosse Scheidemann der „Arbeiter-Luzette“:

Die Stelle in meinem Antwortschreiben an den Deutschen Reichsausschuß: „Das sollte keine Parteifache sein“ ist in sehr schäblicher und bössartiger Weise tendenziös angefaßt worden. Meine Äußerung soll natürlich nicht so verstanden sein, als hätte ich damit sagen wollen, es sei der Sport gleichgültig, ob ihre Mitglieder den bürgerlichen oder den Arbeiter-Sportverbänden angehören. Bei den bestehenden Klassenunterschieden in unserem Volke halte ich es vielmehr für selbstverständlich, daß der organisierte Arbeiter, wenn er Sport treibt — und das sollte jeder junge Arbeiter tun — überall da, wo Arbeiter-Sportvereine bestehen, sich einem solchen anschließt und nicht in den Verein seiner politischen Gegner geht. Scheidemann.

Der Berliner Arbeiter-Schachklub veranstaltet in diesem Jahre für Arbeiter-Schachspieler, die nicht Mitglieder des Vereins sind, ein Väter-Tournoi. Es wird ein Preisgeld von 5.— M. und ein Eintrag von 2.— M. erhoben. Spielort ist Brauer, Michaelstraße 20a. Meldeschluß am 10. Oktober, Beginn am 24. Oktober. Anmeldungen sind zu richten an Otto Kadeke, R. 20, Bismarckstr. 60. Auskünfte werden Sonntag vormittag bei Brauer erteilt. Ge spielt wird jeden Sonntag von 10—1 Uhr.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Heute, 14. September:

19. bis 22. Abt. 7 1/2 Uhr im „Paradiesgarten“, Landsberger Allee 155: Funktionäre und Kreisdelegiertenkonferenz. (War ursprünglich für gestern angesetzt.)

Morgen, 15. September:

Stadtfreie Halleisches Tor. 7 Uhr: Delegiertenversammlung im „Märkischen Hof“, Admiralsstr. 18c. Vortrag des Gen. Friedrich Stämpfer über: „Gen. und Moskau“. Zutritt nur für Delegierte.

Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, 14. Gruppe: Versammlung im „Schulbeh.“, Kantstr. 51.

Wankow. 7 1/2 Uhr: Versammlung sämtlicher Gruppenführer der Engel, Mühlstr. 45.

Potsdam. Abends 8 Uhr in allen Bezirkslokalen.

Tempelhof. Abends 7 1/2 Uhr im Festsaal des Realgymnasiums, Kaiserin-Augusta-Str. 46. Referent: Genosse Paul.

Gerichtszeitung.

Der verhörene Möbelwagen.

Den Gipfel verblüffender Diebstreichheit erklimmen die drei Angeklagten, die vor der Ferienstrassammer des Landgerichts II standen, um sich wegen Diebstahls an einem vollbeladenen Wagen mit Möbeln im Werte von etwa 300 000 M. zu verantworten. Die drei Gauner, die dieses Kunststück zustande gebracht haben, sind: der Arbeiter August Knepel, der Futtermeister Otto Schinke und der Arbeiter Rudolf Kiesner, denen sich der Schankwirt Peter Schmitz als Helfer angeschlossen hat. Mit zwei von Schinke besorgten Pferden begaben sich die drei ersten Angeklagten nach dem Anhalter Bahnhof, wo sie die Pferde einfach vor einen der Firma Hermann Gerlach in Dresden gehörigen, beladenen und an der Kampe stehenden Möbelwagen spannten, dessen Inhalt einen Wert von 300 000 M. darstellte. Der Wagen beherbergte eine ganze Wohnungsrichtung, bestehend aus Schlafzimmer-, Herzenszimmer-, Schlafzimmers- und Kücheneinrichtung, 14 Kisten mit Porzellan und Hausgerät, Dienstmöbel, einen Koffer mit Kleidern, mehrere Teppiche usw. Sämtliche Möbel waren mit Wäsche und Kleidungsstücken gefüllt. Der Wagen wurde zu dem Angeklagten Schmitz gebracht, von dort aus fuhren ihn die drei ersten Angeklagten nach der Gerichtspräferei auf einen Lagerplatz, wo die Sachen ausgeladen in einer Kammer untergebracht wurden. Die beim Abladen tätig gewesenen Personen haben sich verschiedene Sachen zugeeignet. Für die Möbel hat Schmitz dem Kiesner 10 000 M. übergeben, die sich die drei Diebe teilten. Die Geschädigte, eine Frau Reichel in Dresden, hat einen Teil ihrer Sachen wieder erhalten, jedoch einen Schaden von 50 000 bis 60 000 Mark erlitten. Mehrere Personen, die bei dem Verladen der Sachen mitgeholfen, waren mitangeklagt, sie wurden aber nach den Anträgen des Justizrats Dr. Davidsohn und des Rechtsanwalts Dr. Buppe teils freigesprochen, teils wurde ihre Sache abgetrennt. — Das Gericht verurteilte Knepel zu 2 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, Schinke zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust, Kiesner zu 3 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust und Schmitz zu 2 Jahren Gefängnis.

